## § 58 Fahndung bei Einziehungsentscheidungen

- (1) Zur Vollstreckung einer Einziehungsentscheidung (§ 459g StPO) kann die Vollstreckungsbehörde die Ermittlungspersonen mit der Umsetzung beauftragen und eine Ausschreibung zur Fahndung veranlassen (§ 459g Absatz 3 in Verbindung mit § 131 Absatz 1 StPO).
- (2) <sup>1</sup>Bei der Pfändung von Wertgegenständen muss die Ausschreibung nach Absatz 1 enthalten:
- 1. die genaue Bezeichnung der verurteilten Person oder des Einziehungsbeteiligten;
- 2. die Angabe der zu vollstreckenden Entscheidung;
- 3. den Geldwert der zu vollstreckenden Entscheidung;
- 4. das Ersuchen um Pfändung von Wertgegenständen;
- 5. die Angabe zu der weiteren Verfahrensweise im Fall der Pfändung von Wertgegenständen
- <sup>2</sup>Der Auftrag zur Pfändung von Wertgegenständen ist der von der Maßnahme betroffenen Person bei Ergreifung der Maßnahme bekanntzugeben.
- (3) Ist der von der Einziehung Betroffene in den kriminalpolizeilichen Fahndungshilfsmitteln im Sinne des Absatzes 1 ausgeschrieben und fällt der Fahndungsgrund weg, so veranlasst die Vollstreckungsbehörde unverzüglich die Löschung.